

## Wie reagiert man auf Tausende Corona-Leugner?

Nach der Großdemonstration in Berlin herrscht Unverständnis bis Entsetzen – Politik will aus den Vorkommnissen spürbare Konsequenzen ziehen

Von Gregor Mayntz und Maximilian Plück

**Berlin.** Als sie aus den Bussen, Bahnen und Autos stiegen, um sich auf den Berliner Straßen hinter Slogans wie „Die größte Verschwörungstheorie ist die Corona-Pandemie“ zu versammeln, da hatten sie in den Morgennachrichten längst davon gehört, dass mit 955 Neuinfektionen innerhalb eines einzigen Tages auch Deutschland wieder stärker von Corona erwischt wird. An ihrer Entschlossenheit, gegen die Schutzauflagen zu demonstrieren und die Pflichten zu Masken und Abstand für sich gleich selbst außer Kraft zu setzen, änderte das jedoch nichts. Berlin erlebte am Samstag mit 20 000 Teilnehmern den größten Massenaufmarsch von Corona-Leugnern.

Und es war der erste, bei dem die Polizei nicht nur auf die Hygienepflichten hinwies und immer wieder zu deren Einhaltung aufrief, sondern gleich die Veranstaltung beendete, Strafanzeige gegen die Veranstalter stellte und die Akteure von der Bühne holte. Stundenlang weigerten sich einige Tausend Demonstranten, den Ort zu verlassen. Bei den Versuchen, die Sitzblockade zu beenden, wurden mehrere Beamte verletzt – im Zusammenhang mit allen Demonstrationen waren es 45 verletzte Polizisten.

### Hayali muss Dreh abbrechen

Zuvor hatte es bereits Beschimpfungen von Passanten und Journalisten aus der Menge heraus gegeben. ZDF-Journalistin Dunja Hayali etwa brach Dreharbeiten auf Anraten ihres Security-Teams ab. Auf einem von Hayali auf Instagram geposteten Video ist zu sehen, wie Demoteilnehmer ihr und ihrem Team „Lügenpresse“ und „Schämt euch“ entgegenrufen (zu sehen ist das Video unter [ku-rz.de/hayali](https://ku-rz.de/hayali)).

Zu den Protesten unter dem Motto „Das Ende der Pandemie – Tag der Freiheit“ hatte die Initiative „Querdenken 711“ aufgerufen. In Stuttgart hat diese Initiative bereits wiederholt demonstriert. Kritiker dieser Proteste befürchten eine Vereinnahmung durch Verschwörungstheoretiker und Rechtspopulisten. Den Titel „Tag der Freiheit“



Tausende Menschen, kaum Abstand, so gut wie keine Masken: So sah es am Samstag bei der Großdemonstration in Berlin aus. Die Politik überlegt nun, wie sie auf solche Ereignisse, die andere Menschen potenziell gefährden, reagieren soll.

Foto: dpa

trägt auch ein Propagandafilm der Naziikone Leni Riefenstahl über den Parteitag der NSDAP 1935. So war in Berlin auch die von Rechts-extremen häufig verwendeten Schwarz-weiß-rote Reichsflaggen zu sehen. Daneben wehten Deutschland- und Friedensfahnen mit Taube oder Regenbogen über den Köpfen der Teilnehmer, von

deren Seiten „Wir sind das Volk“, „Reiht euch ein“, „Wir kämpfen für eure Freiheit“ oder „Widerstand“ skandiert wurde.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) erklärte, er ärgere sich maßlos, dass Menschen aus anderen Teilen Deutschlands nach Berlin kämen, um hier ein Demonstrationsrecht

auf Grundlage von Hygieneregeln wahrzunehmen, die sie dann missachteten. Der FDP-Gesundheitspolitiker Andrew Ullmann bezeichnete die Berliner Demo als „Eintopf aus ideologischem Irrsinn“. Rechte und linke Verschwörungstheoretiker vermengten sich mit Impfgegnern unter dem Dach der Corona-Leugnung. „Sie missbrauchen das

Demonstrationsrecht und schieben ihre persönliche Freiheit vor, um sich vor der gesellschaftlichen Verantwortung zu drücken“, sagte Ullmann. Zum Teil sei dies leider auch Folge mangelnder Aufklärung durch die Bundesregierung und Versäumnissen bei der Umsetzung eines einheitlichen Präventionskonzeptes.

### Hintergrund

#### WHO sieht weiterhin eine „Notlage von internationaler Tragweite“

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) muss einer allgemeinen Müdigkeit im Kampf gegen das Coronavirus vorbeugen: So lautet die Empfehlung des WHO-Notfallkomitees zu Coronavirus-Ausbruch. Dazu gehörten gerade angesichts des wirtschaftlichen Drucks fein abgestimmte und pragmatische Richtlinien für eine angemessene Reaktion auf einen Coronavirus-

Ausbruch, teilte das Expertengremium nach einer Konferenz mit. Besonderes Augenmerk sollte darauf gelegt werden, dass sich auch die jüngere Generation dem Kampf gegen das Virus verpflichtet fühlt.

In seiner Erklärung vor dem Gremium sagte WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus, die Pandemie sei eine Jahrhundertkrise, deren

Wirkungen noch Jahrzehnte zu spüren sein würden. Die Experten waren sich einig, dass die Verbreitung des Virus nach wie vor eine „Notlage von internationaler Tragweite“ sei. Vor einem halben Jahr hatte das Expertengremium der WHO geraten, diese höchste Alarmstufe auszurufen. Die rund 30 aus verschiedenen Ländern stammenden Fachleute – darunter der

schwedische Staatsepidemiologe Anders Tegnell – wollen innerhalb der nächsten drei Monate erneut beraten.

Erst am vergangenen Freitag hatte die WHO einen neuerlichen Negativrekord bei den weltweiten Neuinfektionen gemeldet. An einem Tag hatte sie 292 000 Infektionen registriert.

## So funktionieren Tests für Reiserückkehrer

Corona-Untersuchungen nach dem Urlaub sind seit Samstag gratis – Was es dabei zu beachten gilt

**Berlin.** Im Kampf gegen eine Ausbreitung des Coronavirus über die Sommerreisezeit sollen auf breiter Front freiwillige Tests bei Urlaubsrückkehrern anlaufen. Seit Samstag können sich deshalb alle Einreisenden innerhalb von 72 Stunden nach der Ankunft auch ohne Krankheitsanzeichen kostenlos testen lassen. Wir beantworten die Fragen zum Thema.

### Wo kann ich mich nach meiner Rückkehr testen lassen?

Möglich ist das an verschiedenen Stellen. Getestet werden kann man zum Beispiel an Flughäfen, in Gesundheitsämtern und Arztpraxen. Teststellen können zudem unter der Servicenummer 116 117 erfragt werden.

### Muss ich für die Tests bezahlen?

Nein. Für Einreisende sind die Untersuchungen gratis. Übernommen werden auch die Kosten für einen Wiederholungstest pro Person. Dass man ein Reiserückkehrer ist, kann man zum Beispiel durch einen Boardingpass, ein Ticket, eine Hotelrechnung oder andere Nachweise eines Auslandsaufenthalts belegen. Die Kosten zahlen zunächst die Krankenkassen, letztlich aber der Staat. Pro Test setzt eine neue Verordnung vorerst 50,50 Euro für Laborleistungen an, für Ärzte ist eine pauschale Vergütung von 15 Euro vorgesehen. An der Finanzierung der Tests auf Steuer-

zahlerkosten gibt es allerdings bereits Kritik. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) argumentiert dagegen, dass niemand aus finanziellen Gründen darauf verzichten sollte. Unentdeckte Infektionen könnten teuer werden.

### Wie bewerten Ärzte die Tests?

Der Deutsche Hausärzteverband warnte vor allem vor einem erheblichen Aufwand bei der Umsetzung. Im günstigsten Fall bekomme ein Arzt Patienten noch irgendwo unter, sagte der Vorsitzende Ulrich Weigeldt. „Dann heißt es Schutzausrüstung anziehen, Abstrich nehmen und Aufklärungsgespräch über Hygienemaßnahmen, Validität der Tests und deren Konsequenz führen.“ Da wirken die 15 Euro, die Hausärzte für einen Abstrich bekommen sollen, für Weigeldt „wie ein schlechter Scherz“.

### Was ist mit den Zwangstests für Reiserückkehrer aus Risikogebieten?

Für Reiserückkehrer, die in Risikogebieten mit hohen Infektionszahlen waren, gelten deutlich strengere Regeln. Wer aus solchen Risikogebieten kommt, muss sich derzeit direkt für 14 Tage in häusliche Quarantäne begeben und beim Gesundheitsamt melden. Möglich ist auch, ein negatives Testergebnis vorzulegen, das dann höchstens 48 Stunden alt ist. Bald soll für Rückkehrer aus Risikogebieten



Wer aus einem Risikogebiet heimkehrt, ist sogar zu einem Corona-Test verpflichtet. Bis das Ergebnis vorliegt, ist eine Quarantäne daheim geboten.

Foto: dpa

bieten auch eine Testpflicht greifen – eine von Spahn angekündigte Anordnung soll im Lauf dieser Woche in Kraft treten. Dann soll gelten: Wer aus einem Risikogebiet kommt, muss sich entweder innerhalb von 48 Stunden vor der Einreise nach Deutschland testen lassen oder binnen 72 Stunden nach der Einreise. Bis ein negatives Ergebnis da ist, muss man in häusliche Quarantäne. Nachgewiesen werden muss das Ergebnis binnen 72 Stunden beim Gesundheitsamt

mit einer Testbescheinigung in deutscher oder englischer Sprache.

### Woher weiß ich, welches Land als Corona-Risikogebiet eingestuft ist?

Welche Länder betroffen sind, steht auf einer Liste des Robert Koch-Instituts (RKI). Aktuell rückten am vergangenen Freitag beispielsweise die drei spanischen Regionen Aragón, Katalonien und Navarra auf diese Liste. Aus der EU steht zudem Luxemburg darauf. Sie finden eine Liste im Internet unter der Adresse [ku-rz.de/Risikogebiete](https://ku-rz.de/Risikogebiete).

### Kommen die Tests für Reiserückkehrer zum Ende der Ferienzeit nicht zu spät?

Diese Meinung gibt es durchaus. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, nannte es zwar „richtig“, jetzt verpflichtende Tests für Rückkehrer aus solchen Gebieten einzuführen. Doch er merkte auch an: „Es wäre wünschenswert gewesen, vor Beginn der Sommerferien darüber nachzudenken, wie wir mit den Urlaubsrückkehrern umgehen sollen.“ Mützenich kritisierte außerdem Urlauber, die Ferien in Corona-Risikogebieten verbringen. „Dass Menschen auf die Idee kommen, Gebiete mit einem hohen Infektionsrisiko als Erholungsorte zu nutzen, kann ich nicht nachvollziehen.“ Lediglich Trauer- oder Notfälle in Familien könnten Gründe für eine solche Reise sein.

## Russland will im Herbst gegen das Virus impfen

Auch das Paul-Ehrlich-Institut macht Hoffnung

**Moskau.** Im Kampf gegen das Coronavirus will Russland bereits im Herbst mit Impfungen beginnen. Sie seien für Oktober geplant, sagte Gesundheitsminister Michail Muraschko der Staatsagentur Tass. Zunächst sollten Ärzte und Lehrer geimpft werden, dann schrittweise der Rest der Bevölkerung.

Die klinischen Tests des in Russland entwickelten Impfstoffes seien abgeschlossen, sagte Muraschko. Allerdings hatte der Gesundheitsminister am 23. Juli der Agentur Interfax zufolge erst den Start einer Phase-III-Studie mit 800 Teilnehmern angekündigt. Phase-III-Studien prüfen die Wirksamkeit eines Präparats, zielen auf die Zulassung ab – und beinhalten gewöhnlich deutlich mehr Teilnehmer.

Der Impfstoff wurde vom staatlichen Gamalaja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie in Moskau entwickelt. Die Zulassung sei in Vorbereitung, sagte der Minister. Ein Datum nannte er nicht. Zuletzt war der 10. August als Termin im Gespräch. Russland wäre damit das erste Land, das einen Impfstoff zulässt.

Weltweit suchen mehr als 170 Projekte nach Corona-Impfstoffen – und mehrere Forscherteams haben vielversprechende Zwischenergebnisse veröffentlicht. Auch das für die Zulassung von Impfstoffen in Deutschland zuständige Paul-

Der SPD-Innenexperte Mahmut Özdemir betonte die Versammlungs- und Meinungsfreiheit als tragende Säulen der Demokratie, er sei aber „nicht bereit, unter dem Deckmantel von Grundrechtsausübung Wahrheitsleugnern Vorschub zu leisten“. Für ihn lautet die Konsequenz, dass die Politik den Verwaltungs- und Polizeibehörden dringend den Rücken stärken müsse. Es gehe nun darum, per Verordnung oder notfalls per Gesetz Handlungssicherheit zu geben, damit solche Demonstrationen unterbunden und aufgelöst werden, wenn sie gegen bestehende Verordnungen verstoßen.

### „Eine Gefahr für die Allgemeinheit“

Auch der Innenexperte der Union, Armin Schuster, kommt zu solchen Überlegungen. Derartige Demonstrationen wertet er als „Gefahr für die Allgemeinheit“. Deshalb wäre es nach seiner Einschätzung „auch verhältnismäßig, die Versammlungen nur noch unter sehr viel strengeren Auflagen oder gar nicht mehr zu genehmigen“, sagte Schuster unserer Redaktion. Das Nichterhalten von Corona-Regeln öffentlich zur Schau zu stellen, die Attacken auf Medienvertreter und immer wieder unfriedliche Auseinandersetzungen mit der Polizei rechtfertigen schon im Vorfeld ein „deutlich konsequenteres Vorgehen der Versammlungsbehörden“.

Nach einer Analyse des NRW-Verfassungsschutzes motivierten die Pandemie und die darauf bezogenen Entscheidungen und Maßnahmen „extremistische Milieus und Akteure jedweder Herkunft sowie Verschwörungstheoretiker, Esoteriker, Impfgegner, Fanatiker und Selbstdarsteller, ihren Protest sowohl realweltlich als auch virtuell zum Ausdruck zu bringen“. Die meist kleinen Minderheiten meldeten sich lautstark zu Wort und versuchten, insbesondere in den sozialen Netzwerken den Diskurs zu bestimmen. „In populistischer und häufig aggressiver Manier wird versucht, rechtsstaatliches und demokratisch legitimes Handeln zu diskreditieren und das Vertrauen in Regierungen, Parlamente und Justiz zu erschüttern“, heißt es in der Einschätzung weiter.